

BRD 877.3 - nag/sai

**Besuch von Erwin Teufel, Ministerpräsident von Baden-Württemberg,
21./22.8.1991**

Wirtschaftsbeziehungen Schweiz - Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hat eine gemeinsame Grenze mit der Schweiz im Süden, seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt aber eher im Norden

Die schweizerische Grenze zu Deutschland ist auf ihrer ganzen Länge - von Basel bis zum Bodensee - eine Grenze zu Baden-Württemberg. Dieses grosse deutsche Bundesland erstreckt sich nach Norden bis Mannheim, Heidelberg und Wertheim. Es ist flächenmässig etwas kleiner als die Schweiz (35'751 km²), zählt aber 40% mehr Einwohner. Der wirtschaftliche Schwerpunkt von Baden-Württemberg liegt in den nördlichen Verdichtungsräumen um Stuttgart (Hauptstadt), Mannheim und Karlsruhe (vgl. Karte in Beilage 1).

Traditionell enge Beziehungen der Schweiz zum ehemals badischen Raum

Enge Beziehungen zur Schweiz pflegen traditionell die südlichen, ehemals vorwiegend ländlichen Regionen von Baden-Württemberg. Sie gehörten früher zum Grossherzogtum Baden und haben 1952 - als unter Mitwirkung der amerikanischen und französischen Besatzungsmächte das Land Baden-Württemberg gegründet wurde - gegen die Vereinigung mit Württemberg gestimmt. Der an die Schweiz grenzende, südliche Teil des Landes, ist heute im Regierungsbezirk Freiburg zusammengefasst. Die wichtigsten Landkreise an der Schweizergrenze sind, von Westen nach Osten: Lörrach, Waldshut und Konstanz.

Besondere Rolle von Basel

Als Zentrum der "Regio Basiliensis", Standort international tätiger Konzerne und wichtiger Knotenpunkt für den Personen- und Güterverkehr zwischen Nord- und Südeuropa, ist Basel mehr als andere schweizerische Grenzkantone mit Baden-Württemberg verbunden. Ausdruck dieser Beziehung sind heute die rasche Zunahme von Firmengründungen mit schweizerischer



Kapitalbeteiligung in den Landkreisen Lörrach und Waldshut (61 im Jahre 1990, 55 im Vorjahr), und die kürzlich vorgestellte, regionale Entwicklungskonzeption, die von der EG-Kommission, dem Land Baden-Württemberg, der Region Alsace und den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land finanziert werden soll.

Baden-Württemberg ist heute besonders stark exportorientiert

Das Gebiet von Baden-Württemberg - vor 100 Jahren ein "Armenhaus" Europas - verfügt heute über eine international wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur. Seine Exporte (112 Milliarden DM im Jahre 1990) übersteigen bei weitem seine Importe (78 Milliarden DM). Kein anderes Bundesland weist einen derart hohen Exportüberschuss auf. Baden-Württemberg exportiert vor allem Industrieprodukte, worunter immer mehr High-Tech-Erzeugnisse.

Hohe Export- und Importanteile der Schweiz in Baden-Württemberg

Der schweizerische Anteil an den Gesamtausfuhren von Baden-Württemberg nimmt seit einigen Jahren zu und erreichte letztes Jahr 9%, d.h. rund die Hälfte des entsprechenden Anteils der USA. Der noch höhere Anteil der Schweiz an den Gesamteinfuhren des "Ländles" (11,6%) ist dagegen leicht rückläufig. Kein anderes Bundesland ist handelsmässig derart stark mit der Schweiz verbunden.

Überragende Stellung von Baden-Württemberg im Handel Deutschland-Schweiz

Misst man den Anteil von Baden-Württemberg am deutschen Aussenhandel, so stellt man fest, dass die im Handel mit der Schweiz letztes Jahr von Baden-Württemberg erzielten Umsätze (rund 10 Milliarden DM im Export und 9 Milliarden DM im Import) knapp einem Viertel der gesamtdeutschen Ausfuhren nach bzw. zwei Fünfteln der gesamtdeutschen Einfuhren aus unserem Land entsprechen. Kein anderes Bundesland trägt so viel zum deutschen Handel mit der Schweiz bei.

**Beträchtliche Investitionen
der Schweiz in
Baden-Württemberg**

Nach den USA ist die Schweiz der zweitwichtigste ausländische Investor in Baden-Württemberg. Etwa 30 Prozent des Gesamtbestandes an ausländischen Investitionen in diesem Bundesland stammen aus der Schweiz.

**Ausbau des
Schienenverkehrs auf den
Hauptachsen
Karlsruhe-Basel und
Stuttgart-Singen**

Die Verkehrsverbindungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz sind auf dem Rhein und auf der Strasse gut ausgebaut (Autobahnen Karlsruhe-Basel und Stuttgart-Singen). Aufgrund des steigenden Güterverkehrsaufkommens drängt Baden-Württemberg auf eine bessere Anbindung im Schienenverkehr. Sichergestellt wurde bisher der Bau - bis zur Jahrtausendwende - einer zusätzlichen, doppelgleisigen Strecke zwischen Karlsruhe und Basel. Unklar sind dagegen die Chancen eines Wiederaufbaus des zweiten Gleises zwischen Stuttgart und Singen. Dieser Strecke auf dem Weg zwischen Zürich und Berlin könnte neuerdings vermehrte Bedeutung zukommen (NB: Mit Bezug auf die Alpentransversalen soll die Regierung in Stuttgart immer noch für einen Splügentunnel plädieren).

**Schweizerfirmen
profitieren von der
EG-Zugehörigkeit und von
der
Technologieförderungs-
politik des Landes
Baden-Württemberg**

Dank einer guten Infrastruktur und einem dichten Netz mittelständischer Unternehmen bietet Baden-Württemberg auch kleinen und mittleren Firmen aus der Schweiz günstige Voraussetzungen für den Ausbau partnerschaftlicher Beziehungen. Darüber hinaus wirkt sich der Umstand aus, dass sich Baden-Württemberg besonders gut für die Errichtung eines "EG-Standbeines" eignet. Und schliesslich fallen die Massnahmen und Mittel ins Gewicht, die in Baden-Württemberg zur Förderung von Wissenschaft und Technik eingesetzt werden. Über die Finanzierung der 9 Hochschulen hinaus wendet das "Ländle" jährlich eine halbe Milliarde DM für die Unterstützung von Forschung und Technologietransfer auf. Nebst Grossforschungseinrichtungen in den Bereichen Kernkraft (Karlsruhe), Krebs (Heidelberg), Luft- und Raumfahrt (Stuttgart) werden die Institute der Max-Planck und der Fraunhofer-Gesellschaft sowie zahlreiche Technologiezentren und Beratungsstellen unterstützt. Die im Grenzgebiet angesiedelten Stellen, wie die Transferzentren der Steinbeis-Stiftung, arbeiten

weitgehend für schweizerische Firmen und kooperieren mit ähnlichen schweizerischen Einrichtungen (CIM-Zentrum in St. Gallen).

Ungelöste Grenzprobleme

Während für Fragen wie Versorgung des Raumes Stuttgart mit Bodenseewasser schon vor Jahrzehnten eine Lösung gefunden wurde, bestehen in einzelnen Bereichen des täglichen, grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs weiterhin Schwierigkeiten von unterschiedlicher Tragweite. In ihrer Basler Erklärung vom 15. Dezember 1989 (vgl. Beilage 2) haben Bundeskanzler Kohl und Bundesrat Delamuraz zusammen mit Präsident Mitterrand die Überprüfung dieser Fragen angeregt. Ein Ergebnis steht noch aus.

2 Beilagen erwähnt

(2)

Erklärung

Wir,

*François Mitterrand, Präsident der französischen Republik,
Helmut Kohl, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, und
Jean-Pascal Delamuraz, schweizerischer Bundespräsident,*

sind am 15. Dezember 1989 in Basel zusammengekommen, um anlässlich des 25jährigen Bestehens der Vereinigung «Regio Basiliensis» die beispielhafte Bedeutung der Region Oberrhein für eine fruchtbare und harmonische Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu unterstreichen. Die Vitalität dieser Zusammenarbeit beweist, dass der Aufbau Europas an der Basis beginnen muss. Dem Europa der Bürger sind wir, unsere heutige Zusammenkunft bezeugt es, voll verpflichtet.

Wir, die Vertreter Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, bekräftigen unsere Entschlossenheit, sowohl in unseren bilateralen Beziehungen als auch beim weiteren Aufbau eines einigen Europas alles zu tun, um das harmonische, historisch gewachsene Gefüge unserer Grenzregionen zu verstärken. Deren Entwicklung wird unter anderem gefördert durch die Hochgeschwindigkeitssysteme der Eisenbahnen, mit welchen wir heute nach Basel gekommen sind und welchen nach unserer Überzeugung grosse Bedeutung für den internationalen Verkehr der Zukunft zukommt.

Der Ausbau des EG-Binnenmarktes wird die regionale Zusammenarbeit nicht behindern, sondern sie vielmehr erleichtern und fördern. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wird die regionale Zusammenarbeit sicher dazu beitragen, die Integrationspolitik und den Integrationswillen in Europa zu verstärken. Wir beglückwünschen die regionalen Behörden unserer Länder zu ihrer Entschlossenheit, ihre Zusammenarbeit zu

vertiefen. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Arbeiten des Europarates zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Mit grossem Interesse nehmen wir Kenntnis von der Willenserklärung, welche die Behörden des Elsass, Südbadens und der Nordwestschweiz am 16. Oktober 1989 im Hinblick auf eine gemeinsame Entwicklungskonzeption abgegeben haben. Wir setzen auf diese Art der Zusammenarbeit grosse Hoffnungen.

Wir erwarten, dass die zuständigen Behörden und Institutionen unserer drei Länder den Dialog über die regionale Zusammenarbeit auf allen Gebieten vertiefen und sich, wie schon in der Vergangenheit, konstruktiv um Lösungen bemühen, die mit den heutigen Entwicklungen Schritt halten. Die nahtlose Abstimmung dieser Bemühungen auf die Arbeiten, welche die EG- und EFTA-Länder zum Ausbau eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes derzeit unternehmen, erscheint uns von besonderer Wichtigkeit. Wir fordern die für regionale Fragen im oberrheinischen Gebiet zuständige deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission und die beiden Regionalausschüsse auf, sich mit unserer vollen Unterstützung für die nachfolgend genannten Anliegen mit Nachdruck einzusetzen:

- Vereinfachung des Grenzübertritts und Beschleunigung der Grenzabfertigung;
- Überprüfung sämtlicher Fragen, welche die Grenzgänger betreffen;

- Aufwertung der Region als internationaler Messeplatz und Ort der wirtschaftlichen Begegnung;
- Förderung des neugegründeten Europäischen Unternehmerzentrums;
- Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, vor allem durch eine Regio-S-Bahn;
- Verknüpfung der Hochgeschwindigkeitssysteme unserer Eisenbahnen;
- Ausbau der Infrastrukturen für den kombinierten Verkehr Schiene/Strasse;
- rascher Ausbau des Flughafens Basel-Mülhausen-Freiburg und Anschluss des Flughafens an das Schienennetz;
- Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz und Raumordnung;
- Vertiefung der regen kulturellen Zusammenarbeit, besonders auch durch das Erlernen der Sprache des Nachbarn;
- Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Basel, Freiburg, Karlsruhe, Mülhausen und Strassburg, die sich soeben zur Europäischen Konföderation der Oberrheinischen Universitäten zusammengeschlossen haben;
- gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten und Berufsabschlüssen.

Wir danken der Regierung des Kantons Basel-Stadt für die Gastfreundschaft, die sie uns beim heutigen Treffen erwiesen hat, und unterstreichen die Bedeutung, die wir dieser Initiative beimessen.

Basel, den 15. Dezember 1989